

Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag

Bonn, 19. Januar 1996

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Auschwitz steht symbolhaft für millionenfachen Mord - vor allem an Juden, aber auch an anderen Volksgruppen. Es steht für Brutalität und Unmenschlichkeit, für Verfolgung und Unterdrückung, für die in perverser Perfektion organisierte "Vernichtung" von Menschen. Die Bilder von Leichenbergen, von ermordeten Kindern, Frauen und Männern, von ausgemergelten Körpern sind so eindringlich, daß sie sich nicht nur den Überlebenden und den Befreiern unauslöschlich eingemeißelt haben, sondern auch denjenigen, die heute deren Schilderungen nachlesen oder Bilddokumente betrachten.

Warum diese Rückschau heute, nach über 50 Jahren? Warum vor allem unser Wille, die Erinnerung lebendig zu halten? Wäre nicht auch der Wunsch verständlich, Gewesenes zu vergessen, die Wunden vernarben und die Toten ruhen zu lassen? Tatsächlich könnte heute das Vergessen eintreten; denn Zeitzeugen sterben, und immer weniger Opfer können das Grauen des Erlebten persönlich weitertragen. Geschichte verblaßt schnell, wenn sie nicht Teil des eigenen Erlebens war.

Deshalb geht es darum, aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden zu lassen. Wir wollen nicht unser Entsetzen konservieren. Wir wollen Lehren ziehen, die auch künftigen Generationen Orientierung sind.

Dieses Gedenken ist nicht als ein in die Zukunft wirkendes Schuldbekentnis gemeint. Schuld ist immer höchstpersönlich, ebenso wie Vergebung. Sie vererbt sich nicht. Aber die künftige Verantwortung der Deutschen für das "Nie wieder!" ist besonders groß, weil sich früher viele Deutsche schuldig gemacht haben. Es ist wahr, daß sich Geschichte nicht wiederholt. Aber ebenso wahr ist, daß Geschichte die Voraussetzung der Gegenwart ist und daß der Umgang mit der Geschichte damit auch zum Fundament der Zukunft wird.

An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend ist schon das von meiner Generation Erlebte - erst recht das von den Vorfahren Erlebte - in Gefahr, in einer distanzierten Retrospektive zu verschwimmen, und die historischen Fakten drohen sich auf Jahreszahlen und Schlagworte zu reduzieren. Auch die größte Barbarei schrumpft dann zu einem anonymen Ereignis, das allmählich in ein mildes Licht nüchterner Beschreibung getaucht wird.

Würden wir uns ein Auslöschen dieser Erinnerung wünschen, dann wären wir selbst die ersten Opfer einer Selbsttäuschung. Denn es ist vor allem unser Interesse, aus der Erinnerung zu lernen. Die Erinnerung gibt uns Kraft, weil sie Irrwege vermeiden hilft.

Es gab und gibt viele totalitäre Bewegungen in der Welt. Intoleranz, Totalitarismus, Folter und Mord waren nicht auf den Nationalsozialismus beschränkt. Aber ohne wirkliches Beispiel war der in kalte Berechnung umgesetzte Wahn, der ganze Volksgruppen zuerst zu "Untermenschen" erklärte, dann entrechtete und schließlich ihre systematische physische

"Vernichtung" organisierte. Die Nazis hatten die Definitionsmacht zu bestimmen, wer sein Leben verwirkt hatte, und sie exekutierten ihre völlig irrationalen Festlegungen mit brutaler Konsequenz. Nicht einmal Gefährlichkeit für das System oder Gegnerschaft zum System waren die Selektionskriterien, sondern abstruse Kategorien, denen die Betroffenen hilflos und unentrinnbar ausgeliefert waren, denen sie auch durch unauffälligstes Verhalten nicht ausweichen konnten. Weil sie einer willkürlich bestimmten Rasse angehörten oder sonstwie vom willkürlich festgelegten Menschenbild abwichen, bezeichnete man sie als "Untermenschen", "Schädlinge" oder "lebensunwertes Leben" - Juden, Sinti und Roma, Schwerstbehinderte, Homosexuelle. Und wer erst einmal so eingestuft war, der mußte - so wollte es die Ideologie - "vernichtet", ja "ausgerottet" werden.

Die Wirkungen dieser Politik waren vor allem deshalb so furchtbar, weil sie sich wohldosiert in das öffentliche Bewußtsein einschlichen, ja weil sie wohldosiert den Gehirnen infiltriert wurden. Es gab keinen point of no return, an dem der Sprung von der Diskriminierung und Demütigung zur "Vernichtung" für jeden erkennbar gewesen wäre. Die Gewöhnung an die "kleinen Schritte" half beim Wegschauen und das Wegschauen half, Geschehendes zu übersehen oder gar nicht wissen zu wollen. Deshalb fielen auch die Hellsichtigen und Tapferen dem staatlichen Terror nicht in die Arme, solange das Schlimmste noch zu verhindern gewesen wäre. Selbst viele von den späteren Opfern verfielen zeitweise der Versuchung, die Entwicklung harmloser zu sehen, als sie wirklich war.

Dabei war es im Rundfunk zu hören und in den Zeitungen zu lesen, wie die Juden und ihre Leidensgenossen Schritt für Schritt gedemütigt, ausgegrenzt und für rechtlos erklärt wurden, und das konnte jedermann wissen, der Augen zu sehen und Ohren zu hören hatte. Der rassistische Terror beschränkte sich ja nicht auf die ersten Monate, wo manche noch zu der Ausrede greifen mochten, daß Revolutionen eben nicht "auf dem Sofa" stattfänden, und er manifestierte sich auch nicht nur in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, von denen sicher viele nicht gewußt haben, was dort vorging. Die allmähliche Eskalation der Gemeinheit fand öffentlich statt und konnte in den Gesetzblättern nachgelesen werden.

Ich spreche von der Entfernung jüdischer Beamter und Richter aus dem Staatsdienst, vom Boykott jüdischer Kanzleien, Praxen und Geschäfte. Ich erinnere an die Nürnberger Gesetze, die - von allem anderen abgesehen - Kategorien der Viehzucht auf Menschen übertrugen. Ich erinnere daran, daß Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerschaft voneinander getrennt wurden; die Staatsangehörigkeit wurde den Juden zunächst scheinbar großzügig belassen, aber sie bestand von da an nur noch in Pflichten, und die Rechte wurden in einer Reichsbürgerschaft zusammengefaßt, die den Juden selbstverständlich vorenthalten wurde. Ich erinnere an die Kontribution von einer Milliarde Reichsmark, die den Juden - also den Opfern! - nach der sogenannten Reichskristallnacht kollektiv auferlegt wurde. Und ich spreche nicht zuletzt vom Judenstern, der sie nicht nur als "Untermenschen" qualifizierte, sondern sie im Alltag auch jeder Gemeinheit und jedem Übergriff des Pöbels preisgab.

In dieser Aufzählung sind die scheinbar kleinen Beschränkungen noch gar nicht erwähnt, die Nadelstiche und Demütigungen, die in ihrer Massierung zu einem Parialeben führten und die vor allem deshalb so gemein waren, weil sie wiederum an absolut willkürlich gewählte, sogenannte rassistische Tatbestandselemente anknüpften: die fortschreitende Einengung des Wohnraums und der Bewegungsmöglichkeiten, der Ausschluß der Kinder aus den Schulen,

das Verbot des Theater- und Kinobesuchs, das Verbot, öffentliche Verkehrs- und Informationsmittel, ja sogar Parkbänke zu benutzen, die Wegnahme von Schreibmaschinen, Radios, Schmuck, Pelzen, ja selbst von Haustieren. Der Wissenschaftler Viktor Klemperer, der über die gesamte Zeit des nationalsozialistischen Regimes Tagebuch geführt hat, hat alle diese Dinge exakt festgehalten; ich empfehle die Lektüre seiner beiden Bände jedem, der sich nicht nur darüber informieren will, wie Totalitarismus endet, sondern der auch wissen will, wie er beginnt und wie er sich Stück für Stück entfaltet.

Mir ist das deshalb so wichtig, weil ich nicht glaube, daß bei der Aufarbeitung dieses Teils unserer Geschichte heute noch Schuldfragen im Vordergrund stehen. Viele haben sich schuldig gemacht, aber die entscheidende Aufgabe ist es heute, eine Wiederholung - wo und in welcher Form auch immer - zu verhindern. Dazu gehört beides: die Kenntnis der Folgen von Rassismus und Totalitarismus und die Kenntnis der Anfänge, die oft im Kleinen, ja sogar im Banalen liegen können.

Im Großen ist das alles noch verhältnismäßig einfach. Wir Deutschen haben mehr als andere lernen müssen, daß das absolut Unfaßbare trotz allem geschehen kann. Die Erinnerung hat es uns aber auch erleichtert, daraus die Lehre zu ziehen, und am klarsten ist diese Lehre in Artikel 1 unseres Grundgesetzes formuliert: "Die Würde des Menschen ist unantastbar". Der Satz kennt keine Relativierung. Unter dem Grundgesetz gibt es keine "wertvollen" und "wertlosen" Menschen, keine "Herrenmenschen" und "Untermenschen", keine Volks- und Klassenfeinde, kein "lebensunwertes" Leben. Unsere Verfassung enthält also alle rechtlichen Sicherungen gegen Totalitarismus und Rassismus, mehr als jede andere Verfassung der Welt und darauf können wir stolz sein.

Aber den einzelnen Menschen kann man dagegen nicht nur mit Rechtsnormen immunisieren. Dazu bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, gerade bei denen, die das große Verbrechen nicht mehr selbst erlebt haben und denen auch nicht mehr durch Zeitzeugen Erlebtes vermittelt werden kann.

Das war der Grund dafür, daß ich vor zwei Wochen den 27. Januar, den Tag der Befreiung von Auschwitz, mit Zustimmung aller Parteien zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt habe. Ich weiß, daß die menschliche Sprache nicht ausreicht, in einer kurzen Formel das zum Ausdruck zu bringen, was damit wirklich gemeint ist. "Opfer des Holocaust" wäre ein zu enger Begriff gewesen, weil die nationalsozialistische Rassenpolitik mehr Menschen betroffen hat als die Juden; die Beispiele habe ich bereits erwähnt. "Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik", "Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns" oder ähnliche Ausdrücke wären andererseits nicht stark genug gewesen, das Entsetzen dieses Teils unserer Geschichte annähernd wiederzugeben. So habe ich es bei der in unseren Sprachgebrauch eingegangenen Formulierung "Opfer des Nationalsozialismus" belassen, wohl wissend, daß manch einer bei weiter Auslegung darunter auch die Opfer des nationalsozialistischen Krieges und der Nachkriegszeit die Opfer von Flucht, Vertreibung und Verschleppung verstehen wird. Aber deren erinnern wir uns seit langen Jahren am Volkstrauertag, und dabei soll es bleiben. Ich würde mir nur wünschen, daß auch dieser Gedenktag sich wieder mehr in unserem Bewußtsein verankern wollte. Der 27. Januar soll dem Gedenken an die Opfer der Ideologie vom "nordischen Herrenmenschen" und von den

"Untermenschen" und ihrem fehlenden Existenzrecht dienen. Die Wahl des Datums zeigt das unmißverständlich.

Ich verbinde damit die Hoffnung, wir möchten gemeinsam Formen des Erinnerns finden, die zuverlässig in die Zukunft wirken. Mir geht es nicht darum, nur die Verantwortlichen in der Politik anzusprechen. Gedenkstunden allein nehmen nur allzuleicht den Charakter von Alibi-Veranstaltungen an, und darum kann es nicht gehen. Die Bürger unseres Landes sollen wenigstens einmal im Jahr über das Geschehene nachdenken und vor allem über die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind. Ganz besonders wichtig aber ist es, unsere jungen Menschen zu erreichen und ihren Blick für - möglicherweise - kommende Gefahren zu schärfen. Ich hoffe hier auf die Hilfe der Medien und vor allem der Lehrer, aber auch aller anderen gesellschaftlichen Kräfte, die dazu beitragen können.

Und wiederum sage ich: Das Allerwichtigste ist es, den Jungen den Blick dafür zu schärfen, woran man Rassismus und Totalitarismus in den Anfängen erkennt. Denn im Kampf gegen diese Grundübel des 20. Jahrhunderts kommt es vor allem anderen auf rechtzeitige Gegenwehr an. Die Erfahrung der NS-Zeit verlangt von uns und allen künftigen Generationen, nicht erst aktiv zu werden, wenn sich die Schlinge schon um den eigenen Hals legt. Nicht abwarten, ob die Katastrophe vielleicht ausbleibt, sondern verhindern, daß sie überhaupt die Chance bekommt einzutreten.

Ich weiß, daß unsere Schulen in dieser Frage schon Beachtliches geleistet haben und leisten. Aber es lohnt sich, hier noch weiter nachzudenken. Die theoretische Darstellung von Totalitarismus und Rassismus reicht gewiß nicht aus, und wahrscheinlich reicht nicht einmal die Statistik des Grauens aus, das der Nationalsozialismus hinterlassen hat; denn die erfaßt ja schon kaum ein erwachsenes Gehirn. Aber vielleicht verstehen Jugendliche anderes in seiner Zeichenhaftigkeit ja besser als Erwachsene:

- die Trennung der Kinder von ihren Eltern, ihr Leben in den Lagern, ihre permanente Angst - und ihre Tapferkeit. Und dann vor allem die scheinbaren Kleinigkeiten:
- der Verlust des eigenen Zimmers, schon in der fortschreitenden Einengung des Wohnraums,
- der Verlust der Schul- und Spielkameraden, durch die Ausschulung und durch das zunehmende Gemiedenwerden,
- die Wegnahme der Radiogeräte, die jener jungen Generation genau soviel bedeuteten wie unseren Kindern Fernsehen und Walkman,
- und schließlich - fast jedem Kind verständlich - die Wegnahme der Haustiere; der kleine Kater der Professorenfamilie Klemperer könnte insoweit fast zum Schlüssel für kindliches Verstehen werden.

Das alles sind Gründe dafür, warum ich meine, daß sich der Appell des neuen Gedenktages vor allem an die Institutionen unseres Landes richten sollte, die den Schlüssel zu Erziehung und Information besitzen, also an Schulen und Medien. Mit öffentlichen Feierstunden allein ist hier wenig getan, und wenn sie noch so nachdenklich verlaufen. Überhaupt erscheint es mir sinnvoll, den 27. Januar nicht als Feiertag zu begehen, auch nicht im Sinne der Feiertagsgesetze, sondern als wirklichen Tag des Gedenkens, in einer nachdenklichen Stunde inmitten der Alltagsarbeit, auch der Alltagsarbeit eines Parlamentes. Deshalb bin ich

besonders dankbar dafür, daß die heutige erste öffentliche Gedenkstunde im Deutschen Bundestag, bei den gewählten Vertretern des deutschen Volkes, stattfinden kann. Wichtiger als die Form ist mir aber das Gedenken selbst, das in stiller, nicht pompöser Form und inmitten der Tagesarbeit stattfinden sollte, so wie wir es auch von unseren Mitbürgern erwarten.

Der heutige Tag, der eine Woche vor dem Gedenktag liegt, kann am besten zeigen, was ich meine. Gewiß, dieser Termin ist zunächst aus der doppelten Schwierigkeit entstanden, daß am 27. Januar keine ordentliche Parlamentssitzung geplant war und daß ich mich an diesem Tage auf einer Auslandsreise befinde, die lange vor der Entscheidung für den 27. Januar geplant und festgelegt war. Die Verlegung des ersten Gedenktages auf das Jahr 1997, die ich auch in Erwägung gezogen habe, wäre mir aber nicht sinnvoll erschienen. Ich hätte es nicht für richtig gehalten, nach den Erinnerungs- und Besinnungstagen des Jahres 1995 eine Zäsur eintreten zu lassen. Bei einem Gedenktag, bei dem es vorrangig nicht auf öffentliche Feierlichkeiten, sondern auf das Nachdenken der vielen ankommt, ist das, wie ich glaube, eine zumindest vertretbare Lösung.

Es ist zugleich ein glückliches Zusammentreffen, daß vor wenigen Tagen in diesem Parlament die erste Rede eines israelischen Staatspräsidenten stattgefunden hat. Denn: Ein Vermächtnis der deutschen Verstrickungen in die NS-Diktatur und ihre Verbrechen ist auch unsere besondere Solidarität mit dem Staate Israel. Was David Ben Gurion und Konrad Adenauer einst begründet haben, ist zu einer engen Partnerschaft erwachsen, über die wir Deutschen froh sind und für die wir Israel dankbar sind.

Ich wünsche mir, daß der 27. Januar zu einem Gedenktag des deutschen Volkes, zu einem wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens wird. Nur so vermeiden wir, daß er Alibi-Wirkungen entfaltet, um die es uns am allerwenigsten gehen darf. Eine Kollektivschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nationalsozialismus können wir, wie ich schon sagte, nicht anerkennen; ein solches Eingeständnis würde zumindest denen nicht gerecht, die Leben, Freiheit und Gesundheit im Kampf gegen den Nationalsozialismus und im Einsatz für seine Opfer aufs Spiel gesetzt haben und deren Vermächtnis der Staat ist, in dem wir heute leben.

Aber eine kollektive Verantwortung gibt es, und wir haben sie stets bejaht. Sie geht in zwei Richtungen:

- Zunächst darf das Erinnern nicht aufhören; denn ohne Erinnerung gibt es weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft.
- Und zum andern zielt die kollektive Verantwortung genau auf die Verwirklichung dieser Lehren, die immer wieder auf dasselbe hinauslaufen: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Würde des Menschen.

Aber hier beginnt das Problem: Wer Unfreiheit und Willkür kennt, der weiß Freiheit und Recht zu schätzen. Die Selbstverständlichkeit aber, mit der unser Volk Freiheit und Recht erleben darf, vermittelt mitunter zu wenig Gespür für die Gefahren von Willkür und Unfreiheit.

Das ist das große Problem, vor dem jeder demokratische Rechtsstaat steht. In Deutschland ist es aber empfindlicher als anderswo; denn hier und von hier aus sind die Scheußlichkeiten begangen worden, deren wir uns heute erinnern, und hier hat es eine Generation der

Zeitzeugen gegeben, die für sich die Konsequenzen aus jenen Erfahrungen gezogen hatte, die jetzt aber abtritt.

Deshalb meine Mahnung zum Erinnern und zur Weitergabe der Erinnerung. Nicht nur am 27. Januar. Aber vielleicht kann dieser Gedenktag uns dabei helfen.

Quelle: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1996/01/19960119_Rede.html